

Ein Wandel Rußlands durch Systemübernahme: potemkinsche Dörfer¹

Aus „westlicher“ Sicht stellt sich der Systemwandel in den Folgestaaten der Sowjetunion als Annäherung an das „westliche“ Wertesystem dar, und diese Annäherung wird auch von maßgeblichen Kräften in der ehemaligen Sowjetunion selbst angestrebt. Ziel der folgenden Betrachtungen ist es, das kritisch zu hinterfragen. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die These, daß die Entwicklung Rußlands im letzten Jahrtausend eine Gesellschaft hervorgebracht hat, deren Originalität gegenüber der „westlichen“ Zivilisation die Option auf einen eigenen Weg offenläßt. Um diese These zu untermauern, soll der Versuch unternommen werden, sich der historischen Dimension der gesellschaftlichen Transformationen in den Folgestaaten der Sowjetunion, speziell in Rußland, zu nähern.

Die gegenwärtigen Transformationsprozesse in Rußland stehen in der Tradition „administrativer Modernisierung“ durch eine Moskauer Zentralmacht. Der Kern solcher Modernisierungen bestand in Rußland darin, bestehende politische und wirtschaftliche Strukturen als Elemente einer Reorganisation (Umgestaltung; russisch: Perestroika) der Zentralmacht und als günstige Voraussetzungen für radikale Wirtschaftsreformen zu nutzen. Schon unter Peter I. (Ende 17./Anfang 18. Jh.), Alexander II. (Mitte des 19. Jh.), Lenin (zwanziger Jahre) und unter Chruschtschow (Ende der fünfziger Jahre) wurde eine solche „Modernisierung“ in Angriff genommen. Den Versuchen Lenins, Chruschtschows und zuletzt Gorbatschows war gemeinsam, daß der kommunistischen Partei die Rolle eines Motors der Umgestaltung politischer Macht zugesprochen wurde, diese sich dazu jedoch regelmäßig als unfähig erwies.

Rußland befindet sich seit ca. 500 Jahren in einem permanenten „Übergang“. Die ständigen staatlichen Versuche, Übergänge zu realisieren, haben eine Situation zur Regel gemacht, in der die Zersetzung alter Strukturen schneller verläuft als die Herausbildung neuer sozialer Kräfte, die in der Lage wären, die Macht zu übernehmen oder aber zumindest zu partizipieren. Das hat in der Vergangenheit immer wieder eine radikale Konsolidierung eben der alten Strukturen provoziert. Freilich konnte der „Übergang“ dadurch auch nicht realisiert werden. Im Gegenteil, die Probleme brachen nach gewisser Zeit mit noch größerer Schärfe auf.

Auf diese Weise etablierte sich in Rußland ein Entwicklungsweg, der von dem Westeuropas wesentlich verschieden ist. Die sich in den 500 Jahren „Übergangs“ bestätigende Unlösbarkeit der eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme

me und ihr ständig erneutes Aufbrechen legt die Vermutung nahe, daß das Ziel der derzeitigen Reformen auch nicht einfach der Übergang zu einem neuen Stadium des russischen Staates sein kann, sondern es sich um den Übergang zu einem neuen Staatswesen handeln muß. Das Scheitern der Gorbatschowschen Perestroika macht deutlich, daß die Dimension des zu bewältigenden „Übergangs“ kein Übergang der Sowjetgesellschaft von dem einen in ein anderes Stadium, sondern nur in eine völlig neue Gesellschaft sein konnte. Hier läßt sich auch die historische Dimension der gegenwärtigen Transformationsprozesse festmachen, denn das gegenwärtige russische Staatswesen entstand in einem Jahrhunderte währenden Übergang von der Rus zum Rußland. Die politische Entwicklung seit Sommer 1991 beschleunigte diesen Erkenntnisprozeß, schuf jedoch auch neue Illusionen über Charakter und Inhalte eines solchen „Übergangs“. Fragwürdig ist insbesondere, ob die Kombination von polnischer Schocktherapie für den Übergang zur Marktwirtschaft mit russischer Hegemonie in der GUS und dem Weihrauch der russisch-orthodoxen Kirche eine zivilisierte Gesellschaft (was immer das auch sein mag) in den Farben Rußlands hervorbringen kann.²

Wenn politische Beobachter und Analytiker in Bezug auf die frühere Sowjetunion und die politischen Gebilde, die ihre Nachfolge angetreten haben, von „Staat“, „Demokratisierung“ usw. sprechen, so lassen sie sich von denselben potemkinschen Dörfern täuschen wie jene, die den politischen Rann der ehemaligen Sowjetunion nach „westlichem“ Vorbild umgestalten wollen. Diese Begriffe haben in der ehemaligen Sowjetunion eine andere Sinnggebung erfahren, denn die Sowjetunion, wie auch vorher schon Rußland, haben sich durchaus nicht auf „westliche“ Weise entwickelt.

Der „Staat“ ist kein Organ, das einen bestimmten gesellschaftlichen Auftrag (z.B. durch ein Wählervotum) zu erfüllen hat. Obwohl er die Gewaltmittel weitestgehend monopolisiert hat, ist er dennoch kein Verfassungsstaat, da er weder unveräußerliche Grundrechte zwingend gewährleisten muß, noch eine Gewaltenteilung realisiert. Vielmehr ist er „Mutter der Gesellschaft“ (otschisna), die ihrerseits der Gesellschaft einen Auftrag gibt. Der neue russische Staat war seit seiner Gründung durch die Moskauer Fürsten nie ein weltlicher Staat im europäischen Sinne gewesen, sondern religiöses Instrument zur Erfüllung einer Heilsmission. Die Sowjetgesellschaft war das Instrument, mit dem das russische Staatswesen – mutatis mutandis – zur Weltmacht aufsteigen konnte. Mit dem Sturz in die Apokalypse der Sowjetgesellschaft hat der russische Staat diese Rolle offensichtlich verspielt.

Die „demokratischen“ Kräfte in der ehemaligen Sowjetunion vertreten mehrheitlich ein überwiegend elitäres Demokratieverständnis, d.h. ihnen geht es darum, im Konkurrenzkampf untereinander die Entscheidungsbefugnis zu erlangen und auf Zeit die politische Stellvertreterfunktion gegenüber der selbst nicht

handlungsfähigen Bevölkerung wahrzunehmen. In der russischen Publizistik ist dafür das Wort „Demokratura“ geprägt worden, das die Verquickung von Demokratie und Diktatur zum Ausdruck bringen soll. Ein eigenständiger Demokratie-Begriff hat sich in Rußland nie ganz von anarchistischen Tendenzen lösen können, bei denen Demokratie Mittel für die Abschaffung der Differenz zwischen Herrschenden und Beherrschten ist.³ Für dieses Demokratieverständnis war die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, notfalls mit diktatorischen Mitteln, immer wesentlicher als der Schutz der Persönlichkeitsrechte. Deshalb haben neben den genannten auch solche Begriffe wie „Revolution“ und „Diktatur“ eine andere Sinnbedeutung als in Westeuropa. „Freiheit“ bedeutet in Rußland nicht Freiheit für ..., sondern ... von. Die Herausbildung eines bürgerlichen bzw. sozialdemokratischen Demokratieverständnisses wurde nach 1917 abrupt abgebrochen.

Eine rationale Analyse der Tatsachen überzeugt davon, daß Rußland keine Zukunft hat, wenn es sich nicht dem „Westen“ anschließt; doch der Wert russischer „nichtwestlicher“ Eigenheiten hatte sich immer nur an den Erfordernissen russischer Geschichte zu messen und muß auch daran gemessen werden. Rußlands Gleichnis ist die Sagengestalt Ilja Murometz, der jahrelang in der elterlichen Hütte sitzt, ohne sich zu rühren. Er ist so stark, daß er sich nicht bewegen kann: Doch dann steht er plötzlich auf, sattelt sein riesiges Pferd und reitet großen Taten entgegen. „Der jähe Wechsel vom stumpfen Dahinvegetieren zu übernatürlicher Aktivität gleicht dem Sprung in eine andere Zeit.“⁴ Rußlands Symbol ist die Weite, die Bewohner und Besucher gleichermaßen aufsaugt. Die flache Weite fast ohne natürliche Hindernisse bis zum Ural, hinter dem eine neue Weite beginnt, befreit von der Zeit. Hunnen und Awaren haben in dieser Weite ganze Zivilisationen zerstört – ihre Reiche zerfielen; mongolische Reiterhorden zerstörten den russischen Staat, seine Städte und Kultur – im winzigen Moskauer Fürstentum erstand Rußland neu; erst Polen und dann Franzosen entvölkerten und verwüsteten ganze Landstriche – sie blieben im Schlamm stecken und verirrten sich in den Wäldern; 150 Jahre später trat die stärkste Armee der Welt an, um das Land auszulöschen – sie endete im Schnee. Jedesmal fanden sich genügend Argumente, die überzeugend bewiesen, daß dieses Land nicht mehr weiterexistieren konnte, doch Rußland erstand jedesmal neu. Es ist nicht einleuchtend, warum das jetzt anders sein soll, und deshalb darf bezweifelt werden, daß der derzeitige Anlauf zur schnellen Kapitalisierung und zum Liberalismus Erfolg haben wird. Vielmehr zeichnet sich eine Entwicklung ab, bei der auch eine Kapitalisierung das Leiden Rußlands nicht heilt, sondern die Krise eher vertieft. Diese Vermutung ergibt sich aus einer ganzen Reihe von Problemen, die von den Folgerepubliken der Sowjetunion, selbst bei noch so aktiver „westlicher“ Hilfe, nur schwer zu bewältigen sind.

Erstes Problem ist die tiefe Krise in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Neue politische Konzepte müssen in einer Zeit gravierender Umbrüche entwickelt

werden und sind, sobald mehrheitsfähig, schon wieder Makulatur. Zwischen 1986 und 1991 wurden alle scheinbar möglichen Varianten einer Wirtschaftsreform erprobt und jedesmal durch politische Ereignisse zunichte gemacht. Übrig geblieben ist der wirtschaftliche Kollaps und eine Wirtschaftspolitik, die ihre Intentionen, ob in Estland, Rußland oder Kyrgystan, aus dem „Stegreif“ beziehen muß.

Zweites Problem ist die zugespitzte nationale Problematik, die teilweise Ursache für das Scheitern der verschiedenen Reformvarianten war und ist. Diese Zuspitzung ist eine Antwort auf die Frustrationen einer systematisch zerstörten nationalen Identität, „die dazu zwingt, erst die Heimat zu finden, um dann eine lebbare Welt zu schaffen“ und in ihrer Konsequenz dazu führt, daß der „Kampf um nationale Identitäten ... für lange Zeit die notwendige Neukonstituierung der Gesellschaft und die politische Willensbildung lähmen“⁵ wird.

Drittes Problem ist der Mangel an demokratischer Tradition, der nun binnen kürzester Zeit aufzuholen ist. Die „Demokratisierungsphase“ unter Gorbatschow diente lediglich dem Formenwechsel etablierter Machtstrukturen, d.h. dem Wechsel der Partei- und Staatsnomenklatura in die „Schattenwirtschaft“, sowie der Kapitalisierung des Staatsvermögens durch diese Nomenklatura. Diese Phase wurde nunmehr durch ein diktatorisches Krisenmanagement abgelöst. Beide Phasen verstärkten das ohnehin starke Mißtrauen gegenüber den Machtformen eines demokratischen Rechtsstaates zusätzlich.

Viertes Problem ist das von der Sowjetgesellschaft hinterlassene Verhältnis breiter Bevölkerungsschichten zur Arbeit, dessen zusätzliche Verwurzelung in der russisch-orthodoxen Tradition keineswegs unterschätzt werden darf. Die mit dem Übergang zur Marktwirtschaft einsetzende Kopplung von erhöhter Arbeitsintensität und Massenverelendung stellt auch für die nähere Zukunft den Weg in eine Leistungsgesellschaft. Es ist nicht abzusehen, auf welchem Wege marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismen installiert werden könnten, wenn von der für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes entscheidenden Bevölkerungsschicht, den Jugendlichen, allein in Rußland 70 Prozent unter der Armutsgrenze leben⁶.

1. Der Staat als Instrument wirtschaftlicher Innovation

Entscheidend für die Entwicklung des russischen Staates war und ist, daß der Impuls gesellschaftlicher Modernisierung nicht von der Entwicklung neuer Verhältnisse und sozialer Schichten aus dem Innern der Gesellschaft heraus ausging. Ein solcher Impuls ging von dem Willen der jeweiligen Staatsführung aus, bestehendem äußeren Druck militärisch, wirtschaftlich und ideologisch gleichwertigen Widerstand zu bieten. Wirtschaftliche Entwicklung wurde dadurch

zur Funktion militärischer und ideologischer Bedürfnisse des Staates, lange bevor die Bolschewiki die Macht erobern konnten. Je nach diesen Bedürfnissen vollzog sich die Entwicklung entsprechend schneller oder langsamer. Diese diskontinuierlich-sprunghafte Entwicklung bedeutete nicht nur eine extreme Last auf den Schültern jener Generationen, deren Leben zufällig mit Perioden intensiverer Entwicklung zusammenfiel, sondern überstieg nicht selten auch das physische Durchhaltevermögen der Bevölkerung⁷. Lange Stagnationsperioden und staatliche „Prophylaxe“ durch Repressivmaßnahmen gegen mögliche soziale Spannungen waren die Folge⁸.

Die zyklisch wiederholten Interventionen des Staates in die Wirtschaftsentwicklung brachten es mit sich, daß ein unabhängiges Bürgertum im Unterschied zur Beamtenschaft nicht entstehen konnte. Auch industrielle Lohnarbeit entwickelte sich spät und behielt noch lange enge Familienbande und steuerliche Bindungen zur dörflichen Herkunftsgemeinde. Diese Arbeiterschaft ertrug die Industriedisziplin nur solange, wie es zum Unterhalt der Dorfgemeinschaft unbedingt notwendig war. Unter Peter I. wurden ganze Dörfer an Fabrikanten verkauft, ohne ihre innere Struktur zu verändern. War und ist die staatliche Intervention in die Wirtschaft in Westeuropa nur in Zeiten schwerster gesellschaftlicher Krisen zur Regulierung derselben charakteristisch, so ist sie in Rußland geradezu typisch für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Nach dem Rückzug des Staates aus der aktiven Förderung der Wirtschaft und des zwangsläufigen industriellen Niedergangs konnten die industriell Beschäftigten in ihre traditionellen Sozialbindungen zurückkehren, ohne einer wirklichen Pauperisierung zum Opfer zu fallen. „Das Dorf war die Rückversicherung, praktisch sogar die Sozialversicherung gegen den Moloch Industrie.“⁹ Damit gab es eine soziale Basis für die jeweilige Konsolidierung traditioneller Strukturen und die nachfolgende Wiedergeburt des Landes.

Bei diesen Interventionen handelt es sich jedoch keineswegs um die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für gewollte wirtschaftliche Entwicklungen, sondern um die Konstituierung dieser Entwicklungen selbst. Der russische und später sowjetische Staat hat sich nie über das Recht definiert; er kannte keine Gewaltenteilung. Die umfassendste und zugleich folgenschwerste Intervention des russischen Staates in die Wirtschaftsentwicklung war die Industrialisierungspolitik der dreißiger Jahre: große Städte wurden gebaut, Wälder abgeholzt, Flüsse umgeleitet; Dörfer und ganze Landkreise zogen in die Städte und verwandelten sie in überfüllte Dörfer; auf den Bahnhöfen stauten sich die Menschen. Der „Umzug“ des Dorfes unterband den Rückzug der industriell Beschäftigten in ihre traditionellen Sozialbindungen. Zusammen mit den politischen Veränderungen jener Zeit machte das die sozial entwurzelte Mobilität breiter Schichten, insbesondere der Landbevölkerung, zum dominierenden sozialen Merkmal und führte, im Zusammenhang mit der Kollektivierung, zum Verlust der traditionellen gesellschaftli-

chen Strukturen auf der gewaltigen eurasischen Landmasse. Erstmals in der russischen Geschichte wurden mit der Vernichtung der Sozialbeziehungen in der Dorfgemeinde (der „disziplinierte Enthusiasmus“¹⁰ sowie die Möglichkeit der Dorfgemeinde, aus dem Gemeindeland einer Bauernfamilie Grund und Boden zur privaten Nutzung zuzuteilen) und der privat für den Markt produzierenden Bauernschaft die Quellen für künftige staatliche Interventionen in die Wirtschaftsentwicklung beseitigt. Deshalb wurde das System der Zwangsarbeit im GULAG zum Hauptfaktor des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs: Wohnungen, Industriebetriebe, Straßen und Kanäle, die Erschließung riesiger Neulandgebiete und ihrer Bodenschätze, all das wurde nur zu oft von gefangenen Wissenschaftlern entworfen, von gefangenen Ingenieuren geplant und von Millionen gefangener „Bauarbeiter“ errichtet.

Die Perestroika stand von Beginn an vor dem Problem, daß sich ihre staatliche Modernisierungspolitik auf keine vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen stützen konnte. Entsprechende soziale Schichten mußten mit Kooperativ- und Pachtgesetzen erst geschaffen werden. Aber eine solche staatliche Intervention in die gesellschaftlichen Verhältnisse ist ja Kern des „besonderen russischen Weges“: um äußerem Druck gewachsen zu sein, interveniert der Staat in die Wirtschaft, konstituiert die dafür notwendigen sozialen Schichten und beseitigt sie wieder, wenn er sein Außenverhältnis korrigiert hat.¹¹ Mit der Abschaffung der Quellen für diesen Entwicklungsweg in den dreißiger Jahren erschöpfte die Sowjetgesellschaft den Freiraum für weitere staatliche Interventionen. Deshalb mußte eine neuerliche „Perestroika“ im Kollaps enden.

Doch das potemkinsche Dorf Europäisierung Rußlands setzt voraus, daß die Gesellschaft die Voraussetzungen für eine zivilisatorische Neugeburt aus ihrem Innern heraus entwickelt, um den Konflikt zwischen dem „unvollendeten Industrialismus“, „halbasiatischer Produktionsweise“ (Lenin) und der Orientierung auf ein „gesamteuropäisches Haus“ postindustrieller Gesellschaften lösen zu können¹². Diese Voraussetzungen können kein „westlicher Import“ sein und müssen auch nicht zwangsläufig zur Anlehnung der eigenen Entwicklung an die Westeuropas führen. Sie müssen aber eine Integration des Landes sowohl in die europäische als auch in die japanisch-chinesische Richtung ermöglichen. Die Einengung einer europäischen Öffnung Rußlands auf das deutsche Fenster, die mitunter auch in Rußland anzutreffen ist, wäre um so mehr simpel und fatal. Simpel, weil damit auf einen eindimensionalen Ausweg aus einer komplexen Krisensituation gesetzt wird; fatal, weil sich gerade Deutschland in den letzten Jahrhunderten Rußland auf dem Weg nach Europa immer wieder in den Weg stellte.

2. Kollektive Buße und messianischer Auftrag als politische Ideologie

Die aufgezeigten Züge der russischen politischen und Sozialgeschichte haben im Erbe des orthodoxen Christentums eine bedeutsame Stütze gefunden. Die russische Orthodoxie hat, entgegen den Erklärungen ihrer Verfechter, die Tradition des römischen Rechts nicht bewahren können und sein Erbe nicht fortentwickelt, seit sie sich 1439 von der griechisch-orthodoxen Kirche lossagte¹³. Nicht, daß der Glaube an den Wert des Individuums, die Unsterblichkeit seiner Seele und die Gleichheit aller Menschen vor Gott überhaupt abwesend wäre, aber in Rußland konnte er weitestgehend auf die rein religiöse Sphäre und die zwischenmenschlichen Beziehungen zurückgedrängt werden. Somit verlor er aber seine innere Bindung an die Gestaltung einer Gesellschaft. In der jahrhundertlangen Geschichte Rußlands hat sich daraus ein spezifischer Wert der russischen Gesellschaft herausgebildet: der Vorrang des Prinzips „gegenseitiger Hilfe“ gegenüber der Selektion durch Auswahl des Stärkeren.

Im Zentrum der russisch-orthodoxen Religiosität steht die kollektive Buße, vom rechtgläubigen (prawoslawnij) Volk stellvertretend für die Sündhaftigkeit der ganzen Menschheit dargebracht. Diese Besonderheit des christlichen Glaubens in Rußland hatte drei wesentliche Folgen. Einmal wurde die Rolle des christlichen Messias einem Volk und seinem Staat zugesprochen, der die Menschheit vom Anti-Christen befreien muß. Zum zweiten wurde dem Individuum die Möglichkeit genommen, sich als Individuum mit seinen Taten von Sünden zu befreien. Anders als in der protestantischen Ethik sind die religiösen Wertvorstellungen der russisch-orthodoxen Kirche nicht auf die Ebene des individuellen Handelns transformierbar. Drittens schließlich konnten die enormen Belastungen der Bevölkerung durch die diskontinuierlich-sprunghafte Entwicklung als erstrebenswerter Zustand des Bußetuns gedeutet und damit gerechtfertigt werden.

Im Unterschied zum westenropäischen Christentum hat die russisch-orthodoxe Kirche keinen individualisierten Moralkodex entwickelt und damit auch einen anderen Missionsauftrag propagiert, in dessen Zentrum nicht das Individuum, sondern der Staat und seine Nation stehen. In der russisch-orthodoxen Tradition ist das Denken und Handeln des Individuums nur insoweit moralisch, als es die vom Glauben gesetzten Ziele und Werte des Staates bzw. der Nation fördert. Sittliche Werte sind in diesem Sinne einem jeden Individuum „äußerlich“ und Instrumente zum Erreichen eines übergeordneten Ziels. Der Begriff „höchster Sittlichkeit“, des Heroismus, ähnelt daher in vielem dem der japanischen Samurai¹⁴. Eine „Individualität“ ist nur möglich, wenn man auf die Souveränität der eigenen Person verzichtet und in das Element, das Rußland heißt, eintaucht¹⁵.

Der besondere Missionsauftrag der orthodoxen Kirche, der ja auch gegenüber der einheimischen, zumeist „heidnischen“ Bevölkerung galt, führte in seiner

Ausführung zur Verordnung einer Weltanschauung und zur Mythologisierung des Nationalbewußtseins. Dieser Mythos beginnt mit der Überlieferung der Staatsgründung der Kiewer Rus, die erfolgt sein soll, indem die Ostslawen sich einigten, einen Staat zu gründen, aber keinen Staatsgründer in ihrer Mitte ausmachen konnten und die Waräger (Wikinger) einluden, ein slawisches Herrscherhaus zu begründen (die Rjurikiden)¹⁶. Außerhalb von Hypothesen sind dagegen historisch belegbar die Gründung des Fürstentums Nowgorod, als die Slawen in das finno-ugrische Siedlungsgebiet vordrangen, die Eroberung Kiews im Jahre 882 und die Schaffung eines gemeinsamen Staates aus den Fürstentümern Nowgorod und Kiew, der die Handelsrouten von der Ostsee zum Schwarzen Meer und nach Persien kontrollierte.

In den wesentlichen Eigenschaften schloß die sowjetische Ideologie an das orthodoxe Christentum an. Bereits im millionenfach nachgebeteten Satz Lenins „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“¹⁷ ist der religiöse Anspruch der sowjetischen Ideologie dokumentiert. Die Diskussionen um das Gottbildnertum (Gorki, Lumatscharski) waren keineswegs zufällig und durch die Rezeption des Marxismus in der russischen Sozialdemokratie bedingt. 1922 konstituierten sich einzelne Gruppen der russisch-orthodoxen Kirche als „Lebendige Kirche“ unter eigenem Metropoliten und suchten nach einer Synthese von sowjetischer Ideologie und christlicher Lehre. Mit der in den dreißiger Jahren erfolgten Übernahme russisch-orthodoxer Elemente in die sowjetische Staatsideologie verlor diese Kirche ihre staatlich unterstützte Funktion und löste sich 1946 auf.

In der sowjetischen Ideologie erhielt Rußland die Aufgabe, die Menschheit vom kapitalistischen Joch, der Macht des Geldes und des Marktes zu befreien. Der Befreiungsakt wurde als internationalistische Pflicht und patriotische (nicht national-patriotische, sondern sowjetisch-patriotische) Tat hochstilisiert. Das Individuum bekam den Auftrag, seine persönlichen Bedürfnisse und Ambitionen zurückzustecken und der Allgemeinheit zu dienen, um die große gemeinsame Mission (den Aufbau des Kommunismus in der Welt) zu vollenden. Die persönlichen „Unannehmlichkeiten“ wie Hunger, Elend, Terror usw. wurden zu notwendigen Elementen der Buße für jene, die für den Kommunismus noch nicht reif waren; die „Reifen“ fanden Zugang zur Nomenklatura. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges wurde die marxistische Phraseologie schlichtweg abgeschafft, weil sie dem russischen Patriotismus entgegenstand; nach ihrer Wiedereinführung wurde sie Quelle unzähliger Witze.

Die Verheißung auf eine Gesellschaft, in der nach den individuellen Bedürfnissen verteilt werden soll, wurde zum Instrument gemacht, die Menschen für eine intensivere und „produktivere“ Arbeitsweise zu gewinnen bzw. ökonomische und physische Gewalt als Garanten für die Wirksamkeit solcher Ethik zu rechtfertigen. Die vom sowjetischen Staat instrumentalisierte Arbeitsethik ähnelt damit der

kalvinistischen Arbeitsmoral. Und das ist kein Zufall: „beide Ethiken begegnen sich auf dem ... Boden geschichtlicher „Gleichzeitigkeit“ – sie reflektieren die Notwendigkeit, große Massen „rückständiger“ Menschen einem neuen Gesellschaftssystem einzupassen, die Notwendigkeit, eine gut ausgebildete, disziplinierte Arbeitskraft zu schaffen, die es vermag, der ewigen Routine des Arbeitstages ethische Gesetzeskraft zu verleihen und auf immer rationellere Weise stets ansteigende Gütermengen zu erzeugen, wobei die vernünftige Anwendung dieser Güter für individuelle Bedürfnisse durch die „Umstände“ stets mehr hinausgezögert wird... Es handelt sich in jeder Hinsicht um eine an der Konkurrenz orientierte Arbeitsmoral, die mit einer Strenge proklamiert wird, die über die der bürgerlichen Moral hinausgeht“¹⁸. Diese Strenge schürte zugleich den alten Haß auf die Arbeit. Die Kunst, potemkinsche Dörfer zu errichten und so zu tun, als arbeite man, erlangte in der ehemaligen Sowjetunion höchste Vollkommenheit. Wo Arbeit Strafe ist, kann Arbeitslosigkeit nur Belohnung sein. Wo strafrechtliche Verfolgung droht, wenn öffentliche Arbeit verweigert wird, hält man sich nur pro forma am Arbeitsplatz auf.

Die Rechtfertigung staatlicher Willkür mit geschichtlichen Zwängen führte zur fast perfekten Symbiose von Geschichtsfatalismus und reinem Subjektivismus, bei dem der höhere Zweck die angewandten Mittel heiligt. Soziale Schichten, die einer Erfüllung der „historischen Mission“ hinderlich sein könnten, sind um der übergeordneten geschichtlichen Idee willen zu vernichten. Nichts scheint für eine solche Ideologie konsequenter, „als daß man ‘absterbende’ Klassen, parasitäre Rassen oder dekadente Völker eben auch wirklich zum Absterben bringt“¹⁹. Die Moral einer solchen Politik ist, daß es eben nicht um die Moral, sondern um das Ziel von Geschichte geht.

3. Der Staat als Funktion politischer Ideologien

In Rußland fehlt der grundlegende Konflikt des europäischen Mittelalters – der Konflikt von Kirche und Staat, Papst und Kaiser. Das orthodoxe Christentum kennt keinen Papst als Vertreter Gottes auf Erden und auch kein Supremat.²⁰ In der Kiewer Rus war der Staat weltlicher Vertreter der orthodoxen Kirchenordnung; erst der neue russische Staat emanzipierte sich von der Kirche und schaffte unter Peter I. sogar das Patriarchat ab. So wie der Staat vorher Instrument zur Erfüllung eines religiösen Auftrages war, so wurde die orthodoxe Kirche nun Diener der Staatsmacht und konnte kein Verteidiger einer gegenüber der Staatsmacht selbständigen Ordnung werden. Der für Westeuropa so charakteristische Kampf zwischen Papstkirche und Feudalstaaten fand in der russisch-orthodoxen Kirche als Kampf zwischen orthodoxer Amtskirche und verschiedenen Sekten, die sich auf die

Rechtsordnung der Kiewer Rus beriefen, statt. Verfechter religiös orientierter gesellschaftlicher Alternativen wurden von Staat und Kirche grausam verfolgt.²¹

Die Kirchenspaltung (raskol) 1656²² wurde von den Zaren genutzt, um die orthodoxe Kirche endgültig in den Herrschaftsmechanismus ihrer Selbstherrschaft einzupassen. Die enge Verflechtung von Staat und ideologisch fixierten Organisationen (vor 1917 die russisch-orthodoxe Kirche, nach 1917 die Institutionen der Kommunistischen Partei) war und ist ein wesentliches Moment der russischen Entwicklung und nicht etwa ein abnormes Produkt mißglückter „sozialistischer Experimente“. Die Aufhebung des Patriarchats durch Peter I. und die Säkularisation der Kirchengüter durch Katharina II. bedeuteten den Beginn für die Entstehung von Ansätzen einer bürgerlichen Gesellschaft, weil der Staat gewaltsam seine Gesetze überall dort durchsetzte, wo sie den Kirchengesetzen widersprachen. Damit wurde eine Sphäre geschaffen, die unmittelbar vom Staat und nicht von der Kirche reguliert wurde.

Besondere Auswirkungen hatte diese Entwicklung mit der Errichtung der Sowjetgesellschaft, als die Staatsideologie vollständig verstaatlicht wurde, denn nunmehr galten die dem Individuum „äußerlichen“ sittlichen Werte als Instrumente staatlicher Politik und nicht, wie früher, als Instrumente einer vom Staat trotz allem relativ unabhängigen Institution. Mit der „Verstaatlichung“ individuellen Denkens und Handelns verlagerte sich die Freiheit vom Individuum als Mitglied einer Glaubensgemeinschaft auf das Individuum als Mitglied der Gesellschaft. Der Staat bestimmte fortan nicht nur den Inhalt der Freiheit, sondern auch ihre Reichweite.

4. Staatliche Monopolisierung der bürgerlichen Gesellschaft

Die nunmehr unmittelbar vom Staat regulierte Sphäre wurde jedoch nicht zur Privatsphäre, weil durch den bereits früher erfolgten Bruch mit der Tradition des römischen Rechts ein subjektives Recht fehlte, auf das sich das Individuum auch gegen die Staatsmacht hätte berufen können. Die Widersprüchlichkeit der unmittelbar vom Staat regulierten Sphäre kommt u.a. in den Eigenarten der russischen Intelligenzija zum Ausdruck, einer gesellschaftlichen Gruppe, die in Opposition zur Gesellschaft stand, einer Partei ohne Führer, Satzung und politische Vollmachten, eine Bruderschaft ohne Disziplin und Organisation.²³

Die Niederlage der Raskolniki im Kampf gegen die Amtskirche und den Staat bedeutete zugleich den endgültigen Bruch Rußlands mit den eigenen Traditionen demokratischer Selbstverwaltung. Die Kiewer Rus war ein „Reich der Städte“ mit über 400 juristisch autonomen Handelspunkten, die durch eine stadteigene Bürgerwehr und den Warägerkriegern der Fürsten, der Drushina, vor den umherziehenden Steppenvölkern geschützt wurden. Eine Bindung politischer Loyalität an die

Verfügung über Grund und Boden gab es nicht. Die fürstliche Macht wurde durch die Rechte der freien militärischen Gefolgschaft und der lokalen Selbstverwaltungen, den Wjetsche, stark eingeschränkt. Im Herrschaftsbereich Nowgorods, zu dem auch Pskow und andere russischer Hansestädte gehörten, bildeten sich Republiken heraus, in denen die öffentliche Bürgerversammlung der Wjetsche oberste Staatsmacht war. Der Fürst war lediglich Angestellter der Wjetsche, mit dem der Oberste Rat aus Bürgern, dem Klerus und der Verwaltung (die Bojarenversammlung) einen Vertrag abschloß. Auch von Kiew war die Republik in militärischen, finanziellen und kirchlich-rituellen Dingen schon früh unabhängig.

Diese Erfahrungen mittelalterlichen Stadtfreiheit mit ihren Kämpfen um äußere Unabhängigkeit und innere Demokratie wurden mit dem Aufstieg Moskaus verschüttet. Der Bruch mit den eigenen, europäisch-orientierten Traditionen der Kiewer Rus vollzog sich jedoch über Jahrhunderte hinweg und wurde entscheidend von der geopolitischen Lage der Moskauer Fürstentümer beeinflusst: im Nordwesten die Polen und Litauer, im Osten die Mongolen, im Süden das von Katholiken bzw. Osmanen eroberte Byzanz. In dieser Situation erfolgte die Sammlung der russischen Länder durch die Moskauer Fürsten im Bündnis mit den Mongolen (der Goldenen Horde). Ausschlaggebend für das Bündnis mit den Mongolen war offensichtlich die Tatsache, daß die mongolischen Khane eine, sowohl Konstantinopel als auch Westeuropa damals fremde, Toleranz gegenüber anderen Religionen zeigten²⁴; mithin also keine Gefahr für die ideologische Identität der russischen Fürstentümer und damit ihres Staates darstellten.

Die Abhängigkeit des neuen und noch jungen russischen Staates vom Reich der Goldenen Horde und seinen Folgestaaten hat das russische Nationalbewußtsein tief traumatisiert. Dieses Trauma belastet nach wie vor das Verhältnis Rußlands zu den Turkvölkern, insbesondere zu den Tataren und zum Islam, der sich bei den Wolga-Bulgaren im Herzen des späteren Rußlands bereits 100 Jahre vor der Christianisierung der Ostslawen durch den Großfürsten Wladimir in der Rus etablierte. Erst viel später brach der mongolische Sturm über das riesige Festlandsmassiv der russischen Steppe her. Die tatarischen Khane Tamerlans zentralisierten später die Tributeintreibung und übertrugen sie den Moskauer Fürsten. Sie versuchten erst gar nicht, eine eigene Verwaltung über die Ostslawen aufzubauen oder die Russen zum Islam zu bekehren, sondern unterstützten sogar den orthodoxen Klerus und verlangten nur Huldigung und Tribut. Damit ermöglichten sie die Schaffung eines Russischen Reiches unter Moskauer Hegemonie. Ende des 17. Jh. schränkte Moskau die Tributzahlungen ein, seine Fürsten erklärten den neuen russischen Staat zum Nachfolger des erloschenen Byzanz und sich selbst in Anlehnung an den römischen Imperator Caesar zu Zaren, übernahmen byzantinische Wappen, imperialen Glanz und autokratische Traditionen.

Doch die Moskauer Fürsten schufen im 15. und 16. Jh. nicht schlechthin einen neuen Staat, sondern eine für Rußland neue Art und Weise, Gesellschaft zu konstituieren. Die aus den Durchzugsgebieten im Süden geflüchtete Bevölkerung suchte Schutz in den Wäldern, die Städte waren zerstört, Flüsse unterstanden mongolischer Kontrolle, Landbesitz verpflichtete nunmehr zu Gehorsam, Bauern wurden zu Leibeigenen gemacht, um ihre weitere Flucht in die nördlichen Wälder zu verhindern. Nachdem die Goldene Horde Moskaus Aufstieg ermöglichte, vernichteten Moskauer Heere zusammen mit mongolischen Truppen erst Nowgorod und dann Pskow²⁵. Der Aufstieg Moskaus als Zentrum eines neuen Staates war dadurch begünstigt, daß die Moskauer Fürsten einerseits mit der militärischen Kraft der Mongolen drohen konnten (und sie auch einsetzten), um den Tribut einzureiben und sich an ihm partiell bereicherten; andererseits nur als bloße Vermittler der Tributforderungen erschienen. Die Methoden, mit denen die Moskauer Fürsten die Tribute eintrieben, veränderten die Oberschichten fast völlig: die Bojaren wurden verbannt oder umgebracht und von Höflingen (dworjanje) ersetzt, grundbesitzlose Verwaltungsbeamte übernahmen Aufgaben der aufgelösten Wjetsche, eine Sonderpolizei, die Opritschnina, überwachte Tun und Lassen der Hörigen. Die von den Moskauer Fürsten gegenüber der Goldenen Horde verfochtene Politik mit ihren diplomatischen Intrigen, dem ständigen Taktieren gegen zahlreiche, übermächtig scheinende Gegner und der permanenten Mobilisierung aller produktiven Reserven des Landes unter einer zentralen Gewalt prägten das Politikverständnis des russischen Staates auf Jahrhunderte im voraus.

Die wiedererrichteten Städte waren nicht mehr Zentren des Handels, sondern der Kirche, die allein von den Mongolen weitgehend verschont wurde. Die ersten Universitäten im Sinne weltlicher Bildung entstanden erst Ende des 18. Jh. Erst recht gab es kein Stadtrecht mehr. Die Stadtbewohner wurden, genauso wie die Dorfbewohner und die dworjanje, zu Leibeigenen gemacht, die ihr Territorium nicht ohne weiteres verlassen durften. Grund und Boden samt den darauf lebenden Menschen gehörten dem Zaren, der seine Verwalter aus den Höflingen rekrutierte. Erst von Katharina II. wurden die Höflinge von ihrer Hörigkeit gegenüber dem Zaren „befreit“ und die Dorfbewohner zu Leibeigenen dieser Adligen.

Die Tatsache, daß die russisch-orthodoxe Kirche und ihr Klerus durch die Mongolen weitgehend verschont wurden, machte sie zum Fixpunkt der russischen Identität und zum Hort ihrer staatlichen Wiedergeburt. Deshalb mußte auch der Versuch der Raskolniki, die bestehende russische Orthodoxie zu erschüttern, scheitern. Doch dadurch konnte sich in Rußland keine, der protestantischen ähnliche Arbeitsethik etablieren. „Gottesliebe, eine große Seele, Güte, Freundschaft, Familiensinn, die Fähigkeit, Teil eines Kollektivs zu sein, stehen in der Werteskala des russischen (keineswegs erst des sowjetischen) Lebens vor der Verwirklichung des Individuums in der Arbeit, sogar vor Reichtum“²⁶. Die oft zitierte unpraktische

Natur der Russen und ihr Neid auf alle, die sich durch Arbeit bereichern, haben ihre historische Wurzel in diesen Besonderheiten der russisch-orthodoxen Tradition²⁷.

Die gewaltsame Einführung der Sowjetgesellschaft verstärkte die Wirkung dieser Traditionen, indem keine wirklichen Anreize zur Akkumulation gesellschaftlichen oder persönlichen Reichtums geschaffen werden konnten. „Die Kluft zwischen Arbeit und Reichtum, die im Volk eingewurzelte Überzeugung vom ungerechten, ungöttlichen Ursprung jeglichen Wohlstands wurde umgedeutet in die Opposition von Arbeit und Kultur.“²⁸ „Sinnvolle“ Arbeit beschränkte sich auf die Selbstversorgung der Familie und seines Clans. Die Geschichte der Versuche seit Alexander II, dies zu ändern, ist eine einzige Geschichte von Mißerfolgen. Die Reformen Stolypins mit ihren Möglichkeiten zur individuellen Bereicherung erzeugten einen sozialen Revanchismus, der schließlich in den „Kriegskommunismus“ der Bolschewiki mündete. Die NÖP Lenins beschwor jenen lumpenproletarischen Fundamentalismus herauf, der das Regime Stalins trug und zur fast völligen Ausrottung früherer wohlhabender Schichten führte. Auch die Einführung einer „sozialökologischen Marktwirtschaft“ mittels forcierter Kapitalisierung wird in potemkinsches Dorf bleiben, da die soziale Differenzierung der Bevölkerung nur verstärkt wird, statt Wohlstandsunterschiede zu nivellieren.

Durch das Fehlen des Geschichtserlebnisses einer Reformation sucht man in Rußland vergeblich Erschütterungen des Massenglaubens an die gegebene Autorität und Herausforderungen zur individuellen Gewissensentscheidung. Daher konnte es unter der Bevölkerung nie zu ernsthaften Zweifeln an der Rechtmäßigkeit staatlicher Maßnahmen oder der von Kirche bzw. Partei verkündeten Wahrheiten kommen. Eine Macht wird nur anerkannt, wenn sie der Auserwähltheit des rechtgläubigen Volkes entspricht und den kollektiven Führungsanspruch repräsentiert, oder die Gesellschaft verfällt in Nihilismus und Anarchie. Gerade in der Annahme historisch übergreifender Ideen, die alle Lebenssphären der Gesellschaft durchdringen, äußert sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Russen.²⁹ Ist aber die Macht, die diese Idee verkörpert, einmal akzeptiert, wird sie auch geheiligt. Gewissensentscheidungen werden vom Staat vorgenommen: er definiert, was gut und böse, richtig und falsch für das Individuum ist. „Die Unfähigkeit zu selbständigem politischen Handeln läßt das dringende Bedürfnis entstehen, nicht das Verhaltensstereotyp zu verändern, sondern nur die politische Instanz, die die Persönlichkeit bevormundet, zu wechseln. Die Sehnsucht nach einem 'Erlöser' ist das Bedürfnis, sich der Verantwortung zu entledigen und das eigene Recht zu politischen Entscheidungen an andere Personen zu delegieren.“³⁰

5. Voraufklärerische Politik und marginale Schichten

„Moralische Lehrmeister“ der offiziellen Macht, die sich öffentlich von ihrem Clan lossagen, können so einen fast grenzenlosen Vertrauensbonus erlangen und verlieren ihn um so schneller, desto aktiver sie versuchen, „neue Verhältnisse“ zu konstituieren. Dem vor diesen Hintergrund sich stets neu verfestigendem Bedürfnis, Verantwortung weiterzudelegieren, folgend, betreibt der Politiker eine prinzipiell verantwortungslose Politik: er kennt keinen kategorischen Imperativ. Politik bleibt in voraufklärerischen Werten gefangen und korrespondiert mit dem Realismus des Weltbildes in der sowjetischen Ideologie. Die Übernahme der individuellen Gewissensentscheidung durch den Staat bewirkte auch, daß die Politik Domäne einer eng begrenzten Elite blieb. Die verschiedenen Vertreter dieser Elite gründeten heute um sich herum Parteien und Bewegungen, die sich wie in einer Kettenreaktion wiederum aufspalten, sofern neue Führungspersonlichkeiten heranwachsen. Das politische Leben wird dadurch bis zum einzelnen Individuum atomisiert, kollektive Interessen können nicht herausgearbeitet werden. Mehr noch, die Geschichte der Sowjetunion hat kollektive Interessen zu einem „Modell krimineller Gesamtbürgerschaft“³¹ verfallen lassen. Das „Volk“, ungeliebter Adressat früherer Eliten, gibt es nicht mehr. Es bleibt zu hoffen, daß die konsequente Entstalinisierung der Gesellschaft eine reformatorische Wirkung hat und die Interessenbildung auf individueller und auf kollektiver Ebene einleitet. Doch die Versuche der neuen Parteien, im Spiegel der Geschichte ihre Identität zu finden, zeugen bereits von der Wiederanknüpfung zerrissen geglaubter Fäden.

Die Vernichtung der städtischen Kultur bedeutete schließlich auch das Fehlen der Erfahrung eines frei gewählten Parlaments mit voll verantwortlicher Regierung: Auf die bloß beratende Duma folgte der Sprung in die Sowjetgesellschaft. Stadtparlamente gab es seit dem Untergang Nowgorods sowieso nicht mehr. Damit fehlt auch die Erfahrung westlich-moderner, demokratisch aufgebauter Massenbewegungen (z.B. von Gewerkschaften und sonstigen Assoziationen), die sich in Rußland weder vor 1917 noch danach frei organisieren konnten. Eine bürgerliche Gesellschaft, von zwei Revolutionen 1917 gesellschaftsfähig gemacht, wurde in den zwanziger Jahren größtenteils verstaatlicht oder, wo dies nicht gelang, beseitigt. Die „Bürgergesellschaft“ mit ihren ausgeformten institutionellen Strukturen, ausdifferenzierten Wertvorstellungen und sozialen Interessen muß jetzt von den Parteien erst noch geschaffen werden. Genau an diesem Problem ist aber schon die parlamentarische Demokratie der Februarrevolution 1917 gescheitert. Die Bolschewiki lehnten ein solches Gesellschaftsmodell, auch wegen dieses Mißerfolges, gleich ganz ab und zerschlugen entsprechende Ansätze.

Die heutigen Parteien haben daher keine festen sozialen Bezugspunkte als Basis für eine dauerhafte Massenverankerung. In ihrer Politik sind bisher nur ideologische

und nationale Interessen präsentiert. Soziale Interessen dagegen, die in Westeuropa im Umkreis verschiedener Eigentumsformen entstanden und deren Vertretung auf der Spezifik dieser Formen beruht, gibt es im Grunde genommen gar nicht, denn es fehlt das Institut des Eigentums³². Bäuerliche Parteien haben zwar eine starke politische Elite, aber es fehlt der grundbesitzende Bauer als Subjekt – die Kolchosbauern sind industrielle Lohnarbeiter mit vorindustriellen Denk- und Verhaltensnormen. Ähnliches gilt für sozialdemokratische und Arbeiterparteien, denn die sowjetische Arbeiterklasse gehört größtenteils dem Lumpenproletariat an: Arbeiter ziehen wie Nomaden von einer Großbaustelle zur anderen, leben in Wohnwagen, Werksheimen und Gemeinschaftswohnungen. Arbeiter in den traditionellen Industrieregionen wie im Kusbass oder Donbass haben Streikkomitees gegründet, die weniger Parteien denn lokale Gegenregierungen mit parteiunabhängiger Interessenvertretung sind. Eine Unternehmerschicht als soziale Basis für bürgerliche Parteien konnte die Perestroika nicht hervorbringen. Dazu waren die Wirtschaftsreformen viel zu inkonsequent. Ständige Verbote und erneute Genehmigungen, räuberische Steuern und die Geldreform von 1991 machten die Unternehmer zu Händlern und Kaufleuten, die ihr Geschäft, ähnlich wie im westeuropäischen Spätmittelalter, ggf. als Raub und Plünderung betreiben. Von der Mobilität der Sowjetgesellschaft sind aber auch die politischen und intellektuellen Eliten selbst betroffen. Ingenieure unterscheiden sich in ihrer Lage kaum von den Industriearbeitern; der bedeutendste Teil der Hochschuldozenten wird von ehemaligen Militärs und Politarbeitern der KPdSU gebildet.

Politische Argumente für den Übergang zur Marktwirtschaft sind daher rein logisch und artikulieren keine sozialen Interessen³³; sie sind ein „potemkinsches Dorf“. Die Übernahme „westlicher“ Gesellschaftsmodelle, die auf der Existenz des Instituts Eigentum und darum gruppierter sozialer Schichtungen basieren, muß scheitern, weil eben diese Voraussetzungen fehlen. Die Verödung des Landes, die Verwandlung des Dorfes in den Hinterhof der Industrie und der Bauern in entwurzelte städtische „Pauper“ (die „limitschiki“) bedroht mehr und mehr die Städte selbst und mit ihnen jegliche „westlich“ orientierten Reformansätze.

6. Politischer Realismus

Durch das Fehlen von kritischer Distanz zur gegebenen Autoritäten erfolgte der Kampf der politischen Strömungen als Konflikt von Literatur- und Kunstströmungen. Literaten haben daher in Rußland eine ganz andere gesellschaftliche Stellung (und Verantwortung) als in Westeuropa. Eine weitere Ursache für die besondere Beziehung von Literatur und Kunst zur Politik ist der Umstand, daß es in der russischen Orthodoxie keine Trennung von Philosophie und Ästhetik, Philosophie und Politik gegeben hat. Worte sind nicht einfach geschrieben oder dahergesagt, sondern „gesprochener Geist“. Wahre Macht ist die „Macht über den Buchstaben“.

Es handelt sich dabei um den spezifischen Realismus, der aus der Zarenzeit in die Sowjetgesellschaft (z.B. als sozialistischer Realismus in der Kunst) überkommen ist und seine Wurzel in der fehlenden Scholastik der russischen Orthodoxie hat. Der russisch-sowjetische Realismus ist am ehesten mit dem Realismus der westeuropäischen Scholastik zu vergleichen (nur, daß in Rußland eine Scholastik und damit die nominalistische Gegentendenz gefehlt hat): dem Allgemeinen wird ein höherer bzw. der einzige Realitätsgrad zugesprochen; es existiert vor den einzelnen Dingen. Charakteristisch für geistige Strömungen und prägend für politische Parteien und Bewegungen ist ein vielfach normativ verstandenes Bild der Gesellschaft. Z.B. kann dadurch das Ziel der Politik als „Seiendes“ vorausgesetzt werden. Politische Tätigkeit reduziert sich damit auf die Vervollkommenung des „Seienden“, ohne es entscheidend verändern zu müssen. So war es in der früheren Sowjetunion durchaus „realistisch“, wenn von Sozialismus, reifem oder demokratischem Sozialismus gesprochen wurde, auch wenn die individuelle Erfahrung der Menschen Gegensätzliches fixierte. Der Widerspruch zwischen Erfahrung und Realität (der allgemeinen Bestimmung), soweit er überhaupt reflektiert wurde, konnte nur mit einer Angleichung der Erfahrung an die Realität gelöst werden. Das vollzog sich dann durch Anpassung des Individuums, standardisierende Massenkultur, ideologische Manipulation oder Repression.

Der Utopismus, d.h. das Streben nach Zuständen, für die notwendige Voraussetzungen fehlen, von dem sich sowjetische Politik seit 1925/28 leiten ließ, beruhte auf der Annahme, daß Visionen von der Realität bereits Wirklichkeit seien, das Ziel von Politik also bereits seiend, wenn es nur Ziel von Politik ist. Politische Programmatiken haben die Funktion, eine Praxis anzukündigen, die jene Tendenzen schafft, die von den Leitsätzen verlangt werden. Ihr Wahrheitswert besteht in dem Effekt, diese Praxis auch tatsächlich zu erzeugen und damit Direktive für ein bestimmtes Verhalten zu werden. Die Verwischung der Unterschiede zwischen Vision und Realität, die einsetzt, wenn voraussetzungslose Visionen ein Verhalten lenken, das Realität gestaltet und verändert bedeutet, daß magische Elemente die Oberhand über analytisches Denken und Handeln gewinnen³⁴.

Der politische Realismus der sowjetischen bzw. postsowjetischen Epoche hat jedoch auch noch andere Wurzeln, die in der massenweisen Desillusionierung nach dem Scheitern wiederholter Versuche zur Reform des politischen Lebens und zur Schaffung einer „besseren Welt“ begründet sind³⁵. Ein solcher Realismus tendiert dann, gestützt auf die „betrogenen“ Bevölkerungsschichten, zwangsläufig zu antidemokratischen Konsequenzen, da er auf die Desillusionierung folgt, statt ihr voranzugehen³⁶. Die Institutionalisierung individueller Interessen durch den Staat führt dann zu einer politischen Rationalität, die als Irrationalität, „als terroristische Konformität“ erscheint³⁷.

Die sowjetische Innenpolitik restaurierte jenen Mechanismus russischer Entwicklung, der durch die fortschreitende Kapitalisierung Rußlands zu Beginn des 20. Jh. auszusetzen drohte. Neue Verhältnisse und soziale Schichten, die Impuls für eine wirtschaftliche Belebung des Landes sein konnten, wurden physisch vernichtet oder in die Emigration getrieben. Das betraf in erster Linie nationale Befreiungsbewegungen, städtisches Handwerk und privaten Handel (die Nepmany), private Bauernwirtschaften (die „Kulaken“) und die Teile der Intelligenzija, die der neuen Heilslehre von der kommunistischen Befreiung nicht folgen wollten. Durch diese „Säuberung“ errang der Staat wieder seine Rolle als Initiator wirtschaftlicher Innovation und konnte den nichteuropäischen Entwicklungsweg Rußlands (nunmehr als nichtkapitalistischen Weg verstanden) aufrechterhalten.

Um diese Rolle wieder erfüllen zu können, wurde der alte Mechanismus staatlichen Funktionierens neu geschaffen. Die 1. Sekretäre der KPdSU in den Teilrepubliken nahmen die Stellung von tributpflichtigen Territorialfürsten ein, die 1. Sekretäre der Gebietskomitees bildeten die Schicht der neuen Höflinge, der Generalsekretär der KPdSU konzentrierte eine Machtfülle, wie sie nicht einmal die Zaren hatten. Der geistlichen Parteimacht zur Seite stand ein Staatsapparat, der in der Personalunion von KPdSU und Staat kulminierte. Aus diesem Machtdreieck von zentralem Partelapparat, örtlichem Partei- und Staatsapparat, Ministerien und behördlicher Verwaltung entstand der Kern jenes autoritären Systems, das die totalitäre Diktatur Stalins ablöste. Die Macht der Ministerien äußerte sich als „Macht über Dinge“, d.h. als Macht über den gesamten Produktionsapparat, Grund und Boden, die Ressourcen usw. Die Macht der Gebietskomitees war die „Macht über Menschen“, denn hier wurden alle Kaderfragen entschieden. Die Macht des Zentrums schließlich war einmal die „Macht über Buchstaben“, zum anderen die Macht des Schiedsrichters, der Konflikte zwischen den ersten beiden Mächten und innerhalb derselben (z.B. zwischen einzelnen Gebietskomitees) regelte. Durch das unvermeidliche Fehlen einer totalen Kontrollierbarkeit des gesamten Beziehungsgeflechtes entstanden jedoch immer mehr „autonome Zonen“, die in der Wirtschaft durch die Schattenwirtschaft und im geistigen Bereich von einer neuen Intelligenzija mit ihrer Samisdat-Kultur belegt werden konnten.³⁸

Mit Hilfe eines speziellen Paßsystems und zwangsweiser Registratur wurden die Verhältnisse der Leibeigenschaft weitgehend wiederhergestellt. Daneben hatte das Paßsystem zusammen mit dem spezifischen „Föderalismus“ der Sowjetunion die Funktion, Ethnizitäten zu institutionalisieren. „Damit hatte die sowjetische Bürokratie ein einzigartiges Instrument zur Einführung und Durchsetzung einer ganz bestimmten Nationalitätenpolitik in der Hand.“³⁹ Rolle und Bedeutung einer Person hängen davon ab, was für einen Paß er hat, d.h. welche chiffrierten Informationen die Paßnummer enthält, deren Deutung das Vorrecht „zuständiger Organe“ ist.

7. Politischer Isolationismus und imperiales Denken

Die Wiederherstellung der alten Ordnung im Innern war aber nur der Spiegel für die Tatsache, daß die UdSSR die Erbschaft des Russischen Reiches in den Außenbeziehungen angetreten hatte. Das äußerte sich im Fortleben der imperialen Idee des „Dritten Roms“⁴⁰. Diese Idee begründete den Anspruch Rußlands auf die Führerschaft in der christlich-orthodoxen, insbesondere der slawischen Welt. Die Sowjetunion hat diesen Anspruch übernommen. Der Sowjetstaat entstand als Urbild eines neuen Friedens aller Völker und berief sich auf einen Ismus, der die Zukunft mythologisierte. Der sowjetische Patriotismus wurde zur entscheidenden ideologischen Klammer bei der Wiederherstellung des Russischen Reiches. Die Revolution erwies sich als Mittel zur Wiederbelebung des altersschwachen Staates und seines Imperiums. Schon im Verlaufe des Bürgerkrieges konnten der Kaukasus und Mittelasien wieder einverleibt werden, im Zuge des Zweiten Weltkrieges folgten dann das Baltikum, Bessarabien, Teile Polens und Finnlands. Wenn die Einverleibung riesiger Gebiete früher unter der Losung ihrer Christianisierung erfolgte, so nunmehr unter dem Banner der Bekehrung zum neuen materialistischen Glauben. Die zivilisatorische Mission früherer kolonialer Eroberungen wurde mit der Formel vom „Hineinwachsen in den Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus“ aktualisiert.⁴¹ Seit der Gründung des neuen russischen Staates war die „Sammlung russischer Erde“ sein Wachstumsprinzip. Wirtschaftliche und politische Krisen wurden durch Eroberungen gelöst. Das Wirtschaften orientierte sich auf die Schatzbildung im Zentrum, das Staat und Kirche zusammenschweißte. Im weiten Land lohnte es auch nicht sonderlich, Reichtum zu sammeln, denn die offenen Grenzen in den asiatischen Raum hinein wurden von Nomadenvölkern immer wieder überschritten. Körperlichen und geistigen Schutz vor dieser Weite gab es nur um den Preis absoluter Unterwerfung unter das Zentrum.

Die Kolonialpolitik der Sowjetunion führte zu einer zweiten „Sammlung russischer Länder“. Unter dem Einfluß europäisch-amerikanischer Ideen (Marx, Taylor, Fonl u.a.) wurde das ehemalige Kolonialreich Rußlands fast vollständig

restauriert. A. Solschenizin und P. Sorokin z.B. sehen Weißrussen, Ukrainer und Großrussen als drei Linien der russischen Nation, und auch Gorbatschow glaubte bei seinem letzten Besuch als Präsident der UdSSR in Kiew immer noch, er sei „in Rußland“⁴². Nach dem Umsturzversuch vom August 1991 unterstellte Jelzin wie selbstverständlich alle Unionsbehörden der russischen Regierung. Seit der Preisfreigabe kann die russische Finanzpolitik mit ihrer schrankenlosen Rubel-Emission alle anderen GUS-Staaten in den endgültigen Bankrott treiben und somit politisch erpressen. Nun vollzieht auch Rußland den Übergang von nur territorialen zu ökonomischen und politischen Formen des Imperiums.

Mit der Etablierung einer völlig neuen Metropole in Gestalt der übergreifenden Unionsorgane schlug die Entwicklung des russischen Imperiums in eine neue Qualität um: Rußland wurde selbst zur Kolonie, die russische Sprache und ihre Schrift wurde anderen Republiken zwangsweise auferlegt, in der russischen Hauptstadt Moskau wurden Entscheidungen über die alltäglichsten Probleme gefällt. Die Kolonien außerhalb Rußlands bedurften aber, wie in den europäischen Kolonialreichen, auch hier der Subvention durch die Metropole. Das Ergebnis: Rußland als vermeintliche Metropole erhielt kaum Subventionen; es verarmte und verlor seine nationale Identität. Obgleich keine Köchin, wie einst von Lenin metaphorisch angemahnt, oberste Frau im Staate wurde, näherte sich das kulturelle Niveau der regierenden Schicht doch dem der Köchin an. Die alte Intelligenzija ging in den Wirren der Revolution unter, viele Jahrzehnte hindurch konnte kein Staatsführer Rußlands fehlerfrei russisch sprechen, die Mehrheit der Wörter stand unter Verdacht, der russische Slang (Mat) wurde besonders in den waffentragenden Staatsorganen zur Umgangssprache. Der in Rußland geraubte Reichtum diente den Unionsorganen zu einer ungeheuren Kapitalakkumulation, die sie in die Lage versetzte, außerhalb Rußlands zu investieren, um den eigenen Machtbereich zu festigen bzw. zu erweitern. Der Unterschied zwischen den 15 Unionsrepubliken, den Ländern des Warschauer Vertrages und des RGW war dabei nur graduell. Rußland hat neben der Ukraine den wohl umfangreichsten Schaden seit 1917 hinnehmen müssen und ist daher um so mehr am Erhalt seiner Einflußsphäre interessiert. Die meisten Republiken können trotz aller Zentrifugalkräfte kein wirkliches Interesse am Zerfall der alten unionsgeleiteten Verteilungsmechanismen haben, da er den Verlust ihrer Subventionen bedeuten würde.

Andererseits stützte sich das Nomenklatura-System der KPdSU und ihres Staatsapparates auf eben diese Wirtschaftsverflechtungen, deren Zerschlagung zwar jeder „westlichen“ Wirtschaftsrationallität widerspricht, aber unbedingte Voraussetzung für den Übergang in ein neues Gesellschaftssystem ist, weil nur so ein Wechsel der an der Macht partizipierenden Interessengruppen wirklich möglich ist. Ein solcher „Separatismus“ herrscht in allen europäischen GUS-Staaten vor und stärkt einen neuen Isolationismus, besonders gegenüber den asiatischen

Republiken, deren Gewicht nach dem Ausscheiden des Baltikums größer geworden ist. Der Konflikt zwischen traditionellen und modernen Elementen könne nur mit der Eliminierung „rückschrittlicher, nichteuropäischer, nichtchristlicher Aspekte der Sowjetunion“ gelöst werden, wenn marktwirtschaftliche Reformprogramme Erfolg haben sollen.⁴³ Mit den Mißerfolgen der marktwirtschaftlichen Reformen bekommen isolationistische Vorstellungen aber auch einen anderen Inhalt, nämlich nicht als Trennung von nichtslawischen bzw. nichtrussischen Elementen, sondern als Trennung von „westlichen“ Einflüssen und als Suche einer spezifisch russischen Lebensweise mit ihren spirituellen Werten.

Dieser „separatistische“ Isolationismus ist jedoch historisch eng an der imperialen Idee und geopolitischen Spezifik des russischen Kolonialreiches (ein zusammenhängendes Territorium) gebunden, d.h. an den Glauben, auch ohne den Rest der Welt auszukommen. Danach ist das Imperium ein einheitlicher ökonomischer Organismus, der über alle notwendigen Ressourcen, den entsprechenden Industriekomplex und Absatzmarkt selbst verfügt, wie eine geschlossene Welt⁴⁴. Hier liegt der tiefere Grund für das Festhalten der russischen bzw. sowjedschen Führung unter Lenin am Aufbau und unter Gorbatschow bzw. Jelzin am Erhalt der UdSSR bzw. GUS, sowie an der Gründung des RGW, der sich ja letztendlich nur als verlängerter Arm der zentralen Unionsministerien erwies.

Die Sowjetgesellschaft mit ihrer Staatsideologie konnte erfolgreich das Zarenreich und dessen Staatsideologie, die russische Orthodoxie, ablösen, da das keinen wirklichen gesellschaftlichen und ideologischen Bruch für breite Bevölkerungsschichten bedeutete. „Auf dem Weg vom ‘Dritten Rom’ zur Dritten Internationale hat das russische Selbstbewußtsein faktisch nicht einmal die Idee der historischen Auserwähltheit Rußlands verraten. Die Außergewöhnlichkeit des eigenen Schicksals wurde bei uns immer in den Termini der außergewöhnlichen Vorbestimmtheit interpretiert, irgendeiner Weltmission – sei es den Triumph der Orthodoxie, die Rettung Europas vor den Mongolen (Puschkin), von der zerstörerischen Sklaverei des Geldes (Dostojewski), den Leiden der Ausbeutung und Ungleichheit (Herzen, Tschernischewski, Bakunin, Lenin) oder, zuletzt, von faschistischer Knechtschaft.“⁴⁵ Das rechtgläubige Volk, ihr neuer Moses und seine Apostel sollten die Welt, die der Sünde verfallen war und das goldene Kalb anbetete, ins Gelobte Land führen. Das paradoxe an der Rückführung Rußlands auf den nichteuropäischen Entwicklungsweg ist die Tatsache, daß eine in Europa geborene soziale Bewegung in ihrem russischen Gewand zum Vehikel dieser Politik gemacht wurde.

Der Mythos des „Dritten Roms“, der belagerten Festung und des ewigen Verteidigers war und ist wohl auch heute noch eines der stärksten Motive von Politik in Rußland. Die Perestroika reihte sich hier würdig ein, denn die Reformen sollten dem russischen Sendungsbewußtsein neue Nahrung geben (so hieß

Gorbatschows erstes im Ausland veröffentlichtes Buch „Umgestaltung und neues Denken für unser Land und die ganze Welt“). Die anfänglichen Ziele der Perestroika, „mehr von all dem, was den Sozialismus eigentlich ausmacht und was seine theoretischen Prämissen als sozialökonomische Gesellschaftsformation beinhalten“⁴⁶, bedeuteten den erneuten Versuch, „realistische“ Politik zu entwickeln. Der Begriff „allgemeinmenschliche Werte“, mit dem Gorbatschow operierte, hatte politischen Charakter, war nicht in das Wertesystem individuellen Verhaltens transformierbar und stand damit in der Tradition russisch-orthodoxer Ethik. Der tief verwurzelte Glaube an die Realität von Visionen wurde durch das Versprechen geschürt, nach wenigen Jahren, in denen man den Gürtel enger schnallen müsse, würden allgemeiner Volkswohlstand herrschen, Konflikte bereinigt und Kataklismen verhindert sein.

Die Fixierung der Originalität russischer Entwicklung beschäftigt die russisch-sowjetischen Sozialwissenschaften, und nicht nur sie, seit fast 200 Jahren, spätestens seit Raditschschew und Puschkin. Diese geistige Arbeit hat die prinzipiellen politischen Denkrichtungen in Rußland (Westler, Slawophile, Potschwenniki) hervorgebracht. Derzeit überwiegt die Interpretation des „besonderen russischen Weges“ als „östlicher“ oder gar „asiatischer“⁴⁷, die in der Tradition der Geschichtsphilosophie Solowjews steht und demzufolge einen Wandel in Rußland nur als „Europäisierung“ begreifen kann.

Doch die europäische Orientierung der gesellschaftlichen Entwicklung in Rußland ist nicht unumstritten, seit sich im 19. Jh. der Panslawismus und das Slawophilentum etablierten. Beide Strömungen appellieren an den Geist und die Spiritualität des russischen Volkes, die, ihrer Meinung nach, vor allem in den unteren Bevölkerungsschichten erhalten sind und Garant für den Aufstieg Rußlands waren; im Gegensatz zu den „europäisierten“ oberen Schichten, deren beherrschende Stellung, ihrer Ansicht nach, zu einer Derussifizierung Rußlands führt. Für sie war Rußland niemals Asien, sondern Europa, allerdings nicht das „germano-romanische“ Europa, sondern der Keim einer zivilisatorischen Erneuerung Europas, die den rationalen Methoden und Werkzeugen Westeuropas eine Seele geben soll⁴⁸. Als Gegengewicht zur Kapitalisierung sehen sie die „urchristlichen“ bzw. „kommunistischen“ Fähigkeiten des russischen Volkes zu Solidarität und Brüderlichkeit.

Die Metamorphosen des Marxismus in Rußland, zunächst in den Traditionen der „Westler“ rezipiert, später mit monarchistischen und russisch-orthodoxen Elementen der „Bodenständigkeit“ „weiterentwickelt“, bezeugen, daß die Verehrer Europas und die Apologeten russischer Urwüchsigkeit mehr miteinander gemein haben, als es ihnen selbst scheint. Der Voltaire-Anhänger A. Herzen verglich im letzten Jahrhundert beide Parteien mit dem byzantinischen Adler, dessen Köpfe in zwei Richtungen blicken, in dessen Brust jedoch nur ein Herz schlägt. Vielleicht ist das kein potemkinsches Dorf.

- 1 Überarbeitete Fassung des Kapitels eines Buches über die sozialen Bewegungen und politischen Parteien in der ehemaligen Sowjetunion, das demnächst im Leipziger Universitätsverlag erscheinen wird. - „Potemkinsche Dörfer“ wurden die Häuserinszenierungen genannt, die Graf Potemkin anlässlich einer Reise Katharinas II. aufstellen ließ und vor denen die Bewohner der Gegend in ihrem Sonntagstaat lustwandeln mußten, um der Zarin den allgemeinen Fortschritt optisch zu verdeutlichen.
- 2 Siehe M. Brie, Utopischer Kapitalismus, in: Die Welthühne, Berlin 1991, Heft 45, S. 1377-1378.
- 3 In Westeuropa sind solche Ansätze von Rousseau und Marx entwickelt worden.
- 4 B. Chasanow, Mythos Rußland, Betrachtungen aus deutscher Zuflucht, Mainz 1986, S. 21.
- 5 D. Melcic, Autisten des Nationalgefühls, in: Krieg in Europa, Jugoslawien-Journal, Frankfurt/M. 1991, S. 41.
- 6 Siehe S. N. Bykowa/W. I. Cuprow, Molodez Rossii na paroge rynka: meshdu bednost' u i nisetoj, in: Sociologitscheskie issledowania, Moskwa 1991, № 9, S. 65.
- 7 N. Danilewski, einer der führenden Theoretiker des Panslawismus, nannte diesen Zustand „disziplinierter Enthusiasmus“ (vgl. N. A. Danilewski, Rossia i Ewropa, Moskwa 1991, S. 459). Seine 1871 erschienene Abhandlung hätte eine Vorlage für Oswald Spengler sein können.
- 8 Siehe A. Gerschenkron, Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), Geschichte und Ökonomie, Königstein/Ts. 1985, S. 129f.
- 9 K. Ehlers, Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie, Hamburg 1991, S. 166.
- 10 Vgl. Anm. 7.
- 11 So erging es z.B. den Kooperateuren und Privatunternehmern, deren Existenz durch die Reformen der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) legitimiert war. Sie wurden mit dem Ende der NÖP Ausgang der zwanziger Jahre als soziale Schicht für illegal und außerhalb der „Regeln des sowjetischen Handels“ bzw. des „sozialistischen Entwicklungsweges“ stehend erklärt, kriminalisiert und nach dem endgültigen Machtantritt Stalins beseitigt.
- 12 Siehe L. Ejsjutkina, Neues Denken - altes Erbe. Probleme der posttotalitären Entwicklung der UdSSR, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Köln 1991, Nr. 23, S. 8.
- 13 Unmittelbarer Anlaß für die Lösung des russischen Patriarchats, dessen Sitz bereits 1328 von Wladimir nach Moskau verlegt worden war, waren die Verhandlungen des byzantinischen Kaisers Johannes VIII. mit der Papstkirche über eine Unterstützung gegen die Osmanen, die 1439 zur Union von Florenz führten. Nachdem auch der Metropolit von Kiew die Union von Florenz anerkannte, wurde der Bruch mit Konstantinopel endgültig, endgültig wurde aber auch die Auflösung der alten ostslawischen Einheit in Weißrußen (unter litauischer Hoheit), Ukrainer (unter polnischer Hoheit) und Großrußen (unter mongolischer Hoheit). Als 1453 die Osmanen Konstantinopel eroberten, wurde das in Moskau als gerechte Gottesstrafe für den Verrat am orthodoxen Glauben gedeutet.
- 14 Als Beispiele für das Vorhandensein einer solchen Ideologie seien das Anzünden der eigenen Hauptstadt, um einer fremden Armee die Eroberung unmöglich zu machen, die Taktik der verbrannten Erde im Bürgerkrieg und der „Kamikaze“ sowjetischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg genannt.
- 15 Siehe B. Chasanow, Mythos Rußland, a.a.O., S. 58, 113.
- 16 Siehe N. A. Danilewski, Rossia i Ewropa, a.a.O., S. 191. So legendär wie die Staatsgründung der Rus ist auch die Herkunft seiner Bezeichnung. War es das kriegerische Warägersvolk der „Rhos“, die für ihre Geschäfte den Wasserweg von der Ostsee nach Asien und dem Orient suchten, oder waren es Slawen, die nach dem Fluß „ros“, ihren blonden Haaren (russ.: „ryshye“) oder nach urslawisch-sarmatischen Stämmen der „rus“ oder „ros“ den Namen „Russen“ erhielten?
- 17 W. I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, Berlin 1977, S. 3.
- 18 H. Marcuse, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied/Berlin 1964, S. 223, 218.
- 19 H. Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München/ Zürich 1986, S. 699.
- 20 Das Krönungsrecht der Papstkirche war seit 823 unumstritten und machte diese damit zum

Wandel Rußlands durch Systemübernahme?

- politischen Ziel der europäischen Königshäuser. Das zwang die Papstkirche, eine von den Königshäusern unabhängige Politik zu betreiben. Die andere Rolle der russisch-orthodoxen Kirche, die sich eher auf die moralisch-politische Beratung der Zaren beschränkte, hatte zur Folge, daß die Kirche keine unabhängige Politik betreiben mußte.
- 21 Eine mit der europäischen Inquisition und Hexenverfolgung vergleichbare Institution zur Liquidierung Andersdenkender gab es in Rußland aber erst nach 1917.
 - 22 Die Raskolniki waren Verfechter einer der häuerlichen Gemeinde angepaßten Kirchenordnung, die auf dem Gewohnheitsrecht der russischen Dorfgemeinde fußte und dem für Westeuropa so wichtigen Magdeburger Recht sehr nahe kam (Siehe W. Kriworotow, *Russkij put'*, in: *Znana, Moskwa* 1990, № 8, S. 142). Die Raskolniki mußten aus den zentralen Regionen Rußlands nach Sibirien, in den Ural, die nördlichen Wälder oder die südlichen Steppen flüchten und wurden damit zu den Begründern des russischen Kolonialreiches. Ihre Klöster und Dörfer, z.B. in Preobraschenski, wurden unter Peter I. Ausgangspunkt der damaligen „Perestroika“.
 - 23 Siehe B. Chasanow, *Mythos Rußland*, a.a.O., S. 121.
 - 24 Die Mongolen verschonten nicht nur weitgehend die Kirchen, sondern befreiten sie von Tributzahlungen. Die Rolle orthodoxer Religiosität bei der späteren Herausbildung russischen Nationalbewußtseins wurde vor allem durch jene Formen bestimmt, mit denen die Ostslawen in der orthodoxen Kirche ihre Identität unter den Bedingungen der mongolischen Fremdherrschaft bewahren konnten. Ähnliches gilt auch für die Serben im Osmanischen Reich.
 - 25 Die Städte waren die eigentlichen Opfer der Tributzahlungen an die Goldene Horde und erhoben sich immer wieder zu Aufständen gegen die Mongolen, aber auch gegen deren Vasallen, wie es die Moskauer Fürsten waren.
 - 26 Kai Ehlers, *Know-how und Nitschewo*, in: *Die Weltbühne*, Berlin 1992, Heft 4, S. 75.
 - 27 So hatte Rußland im 19. Jh. z.B. neben den Sonntagen 88 religiöse und staatliche Feiertage (in den USA gab es zur selben Zeit nur 20 Feiertage), was bei der damaligen Produktivität einen jährlichen Verlust von ca. 2 Mrd. Rubel bedeutete (vgl. B. N. Mironow, *Istorik i sociologia*, Leningrad 1984, S. 103f.).
 - 28 B. Chasanow, *Mythos Rußland*, a.a.O., S. 143f.
 - 29 Siehe N. Schulgin, *Das neue russische Selbstbewußtsein*, in: *20 vek i mir*, Moskwa 1990, No 3, S. 25.
 - 30 L. Lisjutkina, *Neues Denken – altes Erbe*, a.a.O., S. 7.
 - 31 Ebenda, S. 6.
 - 32 Siehe ebenda, S. 3.
 - 33 Siehe ebenda, S. 3-4.
 - 34 Siehe H. Marcuse, *Die Gesellschaftslehre...*, a.a.O., S. 94f.
 - 35 Siehe J. Herz, *Politischer Realismus und politischer Idealismus: eine Untersuchung von Theorie und Wirklichkeit*, Meisenheim a. Glan 1959, S. 42.
 - 36 Siehe G. Sartori, *Demokratietheorie*, Darmstadt 1991, S. 57. In Rußland haben gegenwärtig nur knapp 10 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen, das über dem realen Existenzminimum liegt (vgl.: „Das Volk wird sich wehren“, in: *Der Spiegel*, Hamburg 1992, Nr. 2, S. 116).
 - 37 Siehe H. Marcuse, *Die Gesellschaftslehre...*, a.a.O., S. 93.
 - 38 Siehe *Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“ k problemam političeskoj reformy w SSSR)*, in: *Rabotschij klass i sowremenaj mir*, Moskwa 1990, No 2, S. 91-92.
 - 39 V. Zaslavski, *Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*, Berlin 1991, S. 14.
 - 40 Der nach Palästina emigrierte jüdische Dichter Bialik antwortete kurz nach der Revolution auf die Frage, was in Rußland eigentlich vorgehe: „Nichts besonderes; der Chasir (Eber) hat sich auf die andere Seite gedreht.“ (zit. nach: B. Chasanow, *Mythos Rußland*, a.a.O., S. 119-120).
 - 41 Siehe *Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“...)*, a.a.O., S. 99.
 - 42 Siehe „Rußland ist wiedergeboren“, in: *Der Spiegel*, Hamburg 1991, Nr. 1, S. 113.

Olaf Kirchner

- 43 Siehe V. Zaslavski, Das russische Imperium..., a.a.O., S. 66.
- 44 Siehe Perspektivy demokratizacii („Kryglyj stol“...), a.a.O., S. 4.
- 45 A. Fadin, Demistifikacija vlasti, in: 20 vek i mir, Moskwa 1990
- 46 M. S. Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser
1988, S. 41.
- 47 Vgl. O. Kirchner, Neuere Ansätze zur Erklärung gesellschaftlicher
Literatur, in: COMPARATIV, Heft 3 (1991), S. 122-129.
- 48 Siehe S. A. Vajgacev, Posleslovie, in: N. A. Danilewski, Rossia